Editorial

Liebe Leser*innen,
ein zentrales Ziel von politischer Bildung ist es, die politische Partizipation von Bürger*innen zu fördern – und damit zugleich die Demokratie zu stärken. Junge Menschen sind eine wichtige Zielgruppe politischer Bildung, gerade weil diese Art der „Nachwuchsförderung“ unabdingbar für die Zukunft der Demokratie ist, wie Markus Ottersbach in seinem Beitrag in diesem Heft feststellt. Politische Bildung darf dabei nicht auf den schulischen Kontext reduziert werden, denn gerade für Soziale Arbeit stellt sie ein wichtiges Handlungsfeld dar – insbesondere wenn es um politische Bildungsprozesse marginalisierter Bevölkerungsgruppen geht.
Die Anforderungen an Konzepte zur Förderung der politischen Teilhabe unterschiedlichster Adressat*innen und zur Demokratieförderung ändern sich durch die zunehmende Diversifizierung der Gesellschaft. So stellt sich auch für Soziale Arbeit die Frage, welche Aufgabe und welches Selbstverständnis sie im Kontext politischer Bildungsarbeit in – je nach Lesart – der Migrationsgesellschaft beziehungsweise der postmigrantischen Gesellschaft hat, haben will oder haben sollte.
Im Folgenden werden einige Lesarten und Handlungsansätze politischer Bildungsarbeit vorgestellt – das Heft soll so zu einem differenzierten Blick auf sich verändernde Diskurse und Fragestellungen in der politischen Bildung beitragen.
Für einen grundlegenden Perspektivenwechsel plädiert Erol Yildiz: In seinem Beitrag werden postmigrantische Artikulationsformen als ermächtigende Praktiken verstanden, die die gegebene hegemoniale Ordnung in Frage stellen. Diese Perspektive ermöglicht neue Denk-, Erfahrungs- und Handlungsfelder für eine politisch denkende Soziale Arbeit und kann somit das Selbstverständnis Sozialer Arbeit erweitern.
Moritz Schwerthelm und Jonas Kohlschmidt greifen die postmigrantische Lesart auf und zeigen, dass diese Perspektive mit einer stärkeren Anerkennung bis dato marginalisierter Gesellschaftsgruppen einhergeht, allerdings eine gleichmäßige Partizipation aller Gesellschaftsmitglieder nach wie vor nicht realisiert ist. Die Autoren entwickeln Ansatzpunkte für die Soziale Arbeit, wie sie demokratische Partizipation und Demokratiebildung aller Gesellschaftsmitglieder unterstützen kann.
Partizipation gehört seit einiger Zeit in Theorie und Praxis zu den festen Handlungsprinzipien professioneller Sozialer Arbeit. Der Beitrag von Stefan Schäfer thematisiert Partizipation im Zusammenhang von politischer Sozialisation und politischer Bildung. In kritischer Auseinandersetzung mit dem Partizipationsverständnis politischer Bildung entwickelt der Autor dabei einen Begriff der transformatorischen Partizipation.
Ein besonders wichtiger Adressat politischer Bildung ist die Gruppe der Jugendlichen. Markus Ottersbach diskutiert in seinem Beitrag, wie sich die politische Partizipation von Jugendlichen in modernen Gesellschaften entwickelt und verändert, welche Rolle Soziale Arbeit – insbesondere für die Einbindung marginalisierter Jugendlicher in die politische Bildungsarbeit – spielt und welche Handlungsansätze hier zielführend sind.
Martin Haselwanter hält den Begriff der Bildung keineswegs für alle politisch-pädagogischen Angebote, die die Migrationstatsache konzeptionell berücksichtigen, für adäquat und stellt den Erziehungsbegriff für Wertekurse oder im Rahmen der Extremismusprävention daneben. Mit dem Fokus auf Österreich spürt der Beitrag politischer Bildung und politischer Erziehung in der Migrationsgesellschaft nach.
Politische Partizipation von Migrant*innen wird meistens in Zusammenhang mit dem Fehlen politischer Rechte und, wenn politische Rechte vorliegen, mit dem niedrigen Grad ihrer Wahrnehmung diskutiert. Im vor-

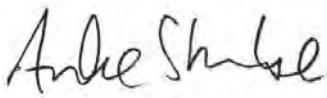
liegenden Beitrag von Maria Kontos wird die vorpolitische Meinungsbildung und Meinungsbekundung junger Migrant*innen im öffentlichen Raum diskutiert: Die Autorin analysiert dabei die Bedeutung des Rap als politische Ausdrucksform.
Ein konkreter Handlungsansatz in der politischen Bildungsarbeit wird im nächsten Beitrag thematisiert: Talibe Süzen, Erzsébet Lajos, Dilvin Şahin und Peter Widmann stellen die Arbeit der Jugendmigrationsdienste der Arbeiterwohlfahrt im Bundesprogramm „Respekt Coaches“ vor. Das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderte Programm dient der Demokratieförderung und der Prävention gegen demokratie- und menschenfeindlichen Ideologien.
Demokratiebildung und Demokratieförderung finden vor Ort statt – hier nimmt die kommunale Ebene eine Schlüsselrolle ein. Der Artikel von Ayşe Özbabacan und Konstantinos Kosmidis widmet sich dem Thema Demokratiebildung bei Neu- und schon länger nach Deutschland zugezogenen Zugewanderten am Beispiel der Stadt Stuttgart und beschreibt anhand verschiedener Initiativen, Programme und Maßnahmen, wie Demokratiebildung und demokratische Prozesse auf kommunaler Ebene gesteuert und gestärkt werden können.
Häufig wird der Dschihadismus in Europa muslimischen Migrant*innen angelastet. Wissenschaftliche Ansätze, die Radikalisierungen durch migrantische Erfahrungen erklären, stützen solche Zuschreibungen. Dagegen wendet sich der vorliegende Beitrag von Felix Roßmeißl: Anhand eines Fallbeispiels zeigt der Autor, dass sich Karrieren in der totalen Subkultur nicht einfach aus migrationsspezifischen Erfahrungen ergeben, sondern als fortwährende Bewährungsprozesse durch verschiedene soziale Bedingungen und Dynamiken zu verstehen sind.
Angesichts der Allgegenwart von struktureller Diskriminierung und den damit verbundenen Diskussionen muss auch die Aus- und Weiterbildung im sozialen Bereich einen Umgang mit diesen Themen finden. Der letzte Beitrag im Rahmen des Themenschwerpunktes von Jonathan Czollek entwickelt Ansätze einer diskriminierungskritischen Didaktik aus der Perspektive des Social Justice und Diversity Ansatzes.

Für eine diskriminierungs- und rassismuskritische Soziale Arbeit plädiert auch Franziska Baumbach im ersten freien Beitrag. Eine rassimuskritische Soziale Arbeit muss einerseits die Verstricktheit in die Dominanzverhältnisse reflektieren und andererseits bestrebt sein, die soziale Macht, die mit Privilegien einhergeht, im Sinne eines Verbündetseins einzusetzen.
Der zweite freie Beitrag von Margit Stein und Veronika Zimmer bietet einen Überblick über die wahrgenommenen sozialen Beziehungen in interethnischen Schulklassen. Ein besonderes Augenmerk wird auf die Wahrnehmung von Mobbing in Abhängigkeit mono- und interethnischer Gruppenbildungen gelegt. Die dem Beitrag zugrundeliegende Studie fokussiert dabei auf Basis qualitativer Interviews die Sicht von Schüler*innen zwischen 18 und 25 Jahren.

Das Heft wird von einer Bibliografie von Neuerscheinungen abgeschlossen.

Eine anregende Lektüre wünschen Ihnen

Benjamin Landes
(Direktor des ISS e.V.)



Anke Strube
(Verantwortliche Redakteurin)